

→ wie etwa das Arbeitslosengeld II. Eine Versorgung bekommen Menschen, die besondere Leistungen oder Opfer für die Gemeinschaft erbracht haben. Darunter fallen etwa das Kindergeld und die Zahlungen an Hinterbliebene von Kriegsopfern. Die Versicherungen dienen der Vorsorge von Notfällen oder Zahlungsausfall, etwa im Alter oder bei Krankheit. Sie zahlen aber nur, wenn der Betroffene versichert ist und in das System eingezahlt hat, sonst greift das Fürsorgeprinzip. Das Grundeinkommen könnte viele der bisherigen staatlichen Leistungen ersetzen, so Reuter, wie etwa das Kindergeld, die Arbeitslosenhilfe und möglicherweise sogar die Rente. Es sei eine „sozialpolitische Revolution“, weil es als Zahlung, die die Existenz des Menschen sichert, den Zwang zur Arbeit, der der Logik des Arbeitsmarktes innewohnt, abschaffen würde. Bisher hatten nur bestimmte Personen unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf Unterstützung. Mit dem Grundeinkommen sind alle ohne Bedingungen versorgt.

Ist das gerecht?

So umstritten das Grundeinkommen ist, so vielfältig sind auch die Begründungen. Eines der Hauptargumente, das quer durch alle ideologischen und politischen Lager sowohl für als auch gegen das Grundeinkommen immer wieder ins Feld geführt wird, ist die Gerechtigkeit. Die Grundannahme westlicher Gesellschaften ist, dass alle Menschen gleich sind. Da es zwischen den Menschen aber sehr wohl Unterschiede gibt und es niemand verdient hat, behindert oder nur wenig intelligent auf die Welt zu kommen, in eine bestimmte Klasse geboren zu sein oder ein bestimmtes Geschlecht zu haben, muss die Gesellschaft diese Ungleichheiten ausgleichen. „Das bedingungslose Grundeinkommen fungiert als solch ein Ausgleich von unverdienten Ressourcen und Vorteilen – und erhöht zugleich die Freiheit aller“, sagt Reuter.

Für den Philosophen Van Parijs ist eine Gesellschaft dann gerecht, wenn die Menschen in ihr die Freiheit haben, zu tun oder zu lassen, was sie wollen. Das wird aber erst durch eine Umverteilung möglich, weil nur dann der Mensch auch die entsprechenden Mittel hat. Dazu zählt Van Parijs externe, materielle Faktoren, wie etwa die Kaufkraft, aber auch interne, körperliche Faktoren, wie etwa die Intelligenz. Das Grundeinkommen soll dann vor allem die materiellen Ungleichheiten ausgleichen und Armut bekämpfen. Das trifft auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu.

In Indien etwa bekamen 4000 Dorfbewohner unabhängig von Einkommen, Kaste und Geschlecht Geld zur freien Verfügung, schreibt Benjamin Fernandez in der Zeitung „Le Monde Diplomatique“. Weil andere Maßnahmen der Armutsbekämpfung etwa an Korruption gescheitert waren, hatte die Frauengewerkschaft Sawa das achtzehnmonatige Projekt angestoßen. Es zeigte sich, dass sich mit der Zahlung auch das Verhalten der Menschen änderte. Sie gaben mehr Geld für Eier, Fleisch und Medikamente aus, die schulischen Leistungen der Kinder verbesserten sich, die Ersparnisse wuchsen und mehr Menschen hatten Arbeit. Das Vorurteil, die Armen

könnten mit dem Geld nicht umgehen und würden nur Alkohol und Schmuck kaufen, kann Projektleiter Sarath Dewalab nicht bestätigen. Im Gegenteil sei durch das regelmäßige Einkommen die Verantwortlichkeit gefördert worden. In Kenia soll ein ähnliches Projekt ebenfalls zeigen, ob mit einem bedingungslosen Grundeinkommen Armut wirksam bekämpft werden kann.

Ein weiterer häufig genannter Kritikpunkt ist die Finanzierbarkeit. Wenn das Grundeinkommen die steigende Armut in Deutschland bekämpfen und die Autonomie der Menschen vergrößern soll, muss es in einer existenzsichernden Höhe ausbezahlt werden, betont Reuter. In der öffentlichen Debatte hat sich mittlerweile ein Wert von 1000 Euro herauskristallisiert. Durch das Grundeinkommen entfallen manche bisherigen Leistungen, wie etwa das Arbeitslosengeld, weil sie nun innerhalb des Grundeinkommens gezahlt werden. Auch der Verwaltungsapparat könnte reduziert werden, etwa weil Bedürftigkeitsprüfungen nicht mehr stattfinden.

Eine genaue Berechnung, wie viel Geld eingespart werden könnte, ist nach Ansicht von Timo Reuter schwer, aber es habe sich auch in verschiedenen Machbarkeitsstudien gezeigt, dass „ein nicht unerheblicher Teil eines Grundeinkommens von bis zu 1000 Euro monatlich pro Person ohne großen Mehraufwand oder neue Steuern zu finanzieren wäre“. Möglich wäre eine zusätzliche Finanzierung über die Einkommenssteuer. Künftig könnte jeder Euro über Grundeinkommen steuerlich belastet werden, erklärt Reuter. Wer mehr Geld verdient, zahlt sein Grundeinkommen demnach über die Steuer wieder zurück. Auch eine unternehmerfreundlichere Finanzierung über die Mehrwertsteuer oder sogar die Erhebung einer Ökosteuer wären denkbar.

Mehr Bildung, mehr Kultur

Viele Menschen haben es schwer, auf dem Arbeitsmarkt eine passende Stelle für sich zu finden. Ob Vollbeschäftigung in der Zukunft überhaupt noch möglich sein wird, fragen sich selbst Wirtschaftsexperten. Für Reuter hilft das Grundeinkommen auch hier weiter. Es bietet zudem einen echten Anreiz für Leistung, weil der Lohn zusätzlich zum Grundeinkommen gezahlt wird und nicht – wie bei der Sozialhilfe – verrechnet wird. Die Menschen könnten beruflich mehr ausprobieren, weil ihre Existenz gesichert ist. Sie würden kreativer und innovativer.

Menschen, die ihre Kinder zu Hause erziehen oder Angehörige pflegen, haben eine gesicherte Existenz und können sich voll darauf konzentrieren. Das Gleiche gilt für Künstler oder Ehrenamtliche, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Die Befürworter erhoffen sich sogar Auswirkungen auf Unternehmen, die schlecht bezahlte oder ökologisch fragwürdige Jobs anbieten. Sie gestehen zwar ein, dass sich zunächst wohl vor allem der Niedriglohnsektor ausweiten würde, sich die Menschen dann aber ohne Zwang gegen schlecht bezahlte Jobs ohne Perspektive entscheiden. Womöglich ließe sich so auch prekäre Arbeit eindämmen. Das Grundeinkommen „beendet die Stigmatisierung der Empfänger sozialer Leistungen und

trägt dazu bei, den Menschen, besonders den Ärmern, eine bessere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, etwa weil diese ... mehr Bildung und Kultur nutzen können“, so Reuter. Durch die Sicherung der Existenz fiele der Zwang zur Arbeit weg. Das würde die individuelle Freiheit und die Autonomie des Menschen stärken. Das Grundeinkommen soll vor allem aber auch die steigende Armut reduzieren. Vor allem für Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen bedeutet es die größte Erleichterung.

Und Trittbrettfahrer?

Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge argumentiert bei der Bundeszentrale für politische Bildung in die entgegengesetzte Richtung. „Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Armen nützen, ist aber nach dem Lebensmodell eines reichen Müßiggängers konstruiert und funktioniert nach dem Gießkannenprinzip.“ Auf ungleiche Vermögensverhältnisse werde mit einer Zahlung in gleicher Höhe reagiert, „obwohl Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss, soll es gerecht zugehen“.

Es stelle sich die Frage, „warum selbst Milliardäre vom Staat monatlich ein von ihnen vermutlich als ‚Peanuts‘ betrachtetes Zubrot erhalten sollten, während beispielsweise Schwerstbehinderte viel mehr als den für alle Bürger einheitlichen Geldbetrag viel nötiger hätten.“ Das Problem der sozialen Ausgrenzung Erwerbsloser bliebe bestehen: „In einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Berufstätigkeit.“ Darüber hinaus, so Christoph Butterwegge, könne man die soziale Sicherung nicht von der Erwerbsarbeit entkoppeln, weil sie auf der Arbeit aufbaut. Das ginge nur so lange, wie die Arbeitenden mit denjenigen, die das nicht tun, ihren Reichtum teilen.

Auch für Timo Reuter stellt sich die Frage nach den Trittbrettfahrern, die arbeiten könnten, es aber nicht wollen und damit auf Kosten der anderen leben. Ein Problem sieht er darin aber nicht und ist sich nicht einmal sicher, ob es davon so viele geben würde. Die Unterschiede zwischen den Menschen werden nicht einfach ausgelöscht. Viele würden arbeiten gehen, weil sie mehr Geld zur Verfügung haben wollen, als das Grundeinkommen bietet. Die Trittbrettfahrer sind dann selbst dafür verantwortlich, dass sie weniger haben. Außerdem ist Geld nicht die einzige Motivation für Arbeit.

Trotzdem – so gibt Reuter zu – wäre eine Einführung mit Unwägbarkeiten verbunden, etwa einer möglicherweise sinkenden Arbeitsmoral der Menschen, einer denkbaren Abwanderung von Unternehmen und Reichen aus Steuergründen und der unvorhersagbaren Entwicklung des Lohnniveaus. Wenn ein Land ein Grundeinkommen einführt, welche Auswirkungen hätte das auf die Migrationsbewegung der Nachbarn in dieses Land?

Das Grundeinkommen kann sicherlich nicht alle Probleme lösen, es ist aber auch mehr als eine reine Utopie. Ob die Zeit wirklich reif dafür ist, wird sich am kommenden Wochenende in der Schweiz zeigen. ←

Ein Rüffel für den Bischof

Anlässlich der Bundespräsidentenwahl in Österreich.

Der Grünen-Politiker Alexander Van der Bellen ist zum neuen Bundespräsidenten Österreichs gewählt worden. Die Regierungen in Frankreich und in Deutschland zeigten sich erleichtert, dass nicht der rechte FPÖ-Mann Norbert Hofer die Wahl gewonnen hat, der nach dem ersten Durchgang noch klar vor gelegen hatte. Weniger erfreut dagegen dürfte der Salzburger Weihbischof Andreas Laun über den Ausgang der Stichwahl sein.

Laun hatte drei Tage vor der Wahl eine Empfehlung für Hofer abgegeben. In einem Gastbeitrag für das umstrittene konservative Internetportal kath.net lobte er den FPÖ-Kandidaten, den er bisher nicht persönlich kennengelernt habe. Doch was man über ihn lese und höre, sei vernünftig und in Ordnung. „Dass ihn die Linken hassen und mit ihrer erprobten ‚Nazikeule‘ prügeln, spricht eher für und nicht gegen Hofer“, so Laun. Jeder Werbung für Van der Bellen dagegen stehe er „sprachlos“ gegenüber, denn „in allen heiklen und gefährlichen Fragen, vom Lebensschutz über die Gottesfrage bis Gender“, stehe er „auf der falschen Seite“.

Der Bischof beließ es nicht dabei, seine persönliche politische Einstellung darzulegen. Im Folgenden betrieb er Wählerschelte und stellte die Zurechnungsfähigkeit jener Christen infrage, die Van der Bellen unterstützen (der bei der Wahl dann 50,3 Prozent der Stimmen holte). Diese dächten entweder nicht nach oder seien, „noch schlimmer, bereits so gehirngewaschen“, dass sie „bereit sind, lieber einen erklärten Gottes- und damit auch Kirchenfeind zu wählen und andere auch noch verführen wollen“.

Launs Ausführungen stießen umgehend auf scharfe Kritik. Zunächst wies der Wiener Kardinal Christoph Schönborn Laun zurecht. Er stellte klar, dass die katholische Kirche keine Wahlempfehlung abgeben werde, und appellierte als Vorsitzender der Bischofskonferenz an alle Kirchenmänner, bei Wortmeldungen „auf ihren Stil zu achten und Andersdenkende nicht zu verurteilen“.

Auch Theologen aus dem Heimatbistum Launs kritisierten den Weihbischof. Der Dekan und der Vizedekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Salzburg warfen ihm in einer gemeinsamen Erklärung vor, gegen zentrale Prinzipien des Zweiten Vatikanischen Konzils verstoßen zu haben, wonach Verunglimpfungen zu unterlassen sind. Launs Bezeichnung anderer Positionen als „gehirngewaschen“ sei „diffamierend“ und entspreche nicht dem, was ein Bischof zu sagen und zu urteilen habe, so Dietmar W. Winkler und Ulrich Winkler. Die Aufgabe eines Bischofs bestehe darin, „sich sachkundig zu machen und einen Dialog zu eröffnen“, und nicht darin, Andersdenkende auszugrenzen. Auch Salzburgs Erzbischof Franz Lackner stellte sich gegen seinen Weihbischof: „Als Erzbischof weise ich politische Parteinahme vor Wahlen grundsätzlich zurück.“ asc